

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Dienstag, 2. Juni.
(Erscheint täglich drei Mal.)

In jeder 2 Bgr die sechsgehaltene Seite oder deren
Saum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu richten und werden für die am folgenden
Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
nachmittags angenommen.

Vertrauens-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen,
Andolph Wölfe;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel:
Hanslein & Jögle;
in Berlin:
J. Klemmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Habath.

Nr. 374.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Gr.
Postulungen nehmen alle Postämter des deutschen
Reiches an.

1874.

Amtliches.

Berlin, 1. Juni. Der König hat den Geschichtsschreiber Thomas Carlyle zu London und den Physiker Humphrey Lloyd zu Dublin zu auswärtigen Ritters des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste, sowie den General-Feldmarschall Grafen von Moltke zu Berlin, den Prof. der Geschichte Dr. Heinrich von Sybel zu Bonn, den Prof. Semper zu Wien, den Prof. Kirchhoff zu Heidelberg, den Prof. Argelander zu Bonn, den Prof. Max Müller zu Oxford, früher zu Straßburg, und den Bildhauer, Professor Haehnel zu Dresden, nach stattgehabter Wahl zu stimmfähigen Ritters desselben Ordens ernannt, den ord. Lehrer am hiesigen Seminar für Stadt- und Landlehrer Carl Diercke zum Seminar-Direktor ernannt.

Dem Seminar-Direktor Carl Diercke ist die Direktion des Schullehrer-Seminars zu Stade, dem Seminarlehrer Richter zu Sagan die Stelle eines ersten Seminarlehrers und Dirigenten des neu gegründeten evang. Schullehrer-Seminars zu Dillenburg übertragen, der Seminarlehrer Kerl zu Stade an das Schullehrer-Seminar zu Petershagen, der Rechtsanwält und Notar Klemme in Grätz in gleicher Eigenschaft an das Kreisger. zu Posen mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, der Rechtsanwalt und Notar Kurek zu Kreuzburg D.-S. in gleicher Eigenschaft an das Kreisger. zu Koblenz mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst versetzt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Potsdam, 1. Juni. Die Konfirmation des ältesten Sohnes des Kronprinzen ist, soweit bis jetzt Bestimmungen getroffen, auf den 1. September d. J. festgesetzt; über einen Besuch der Königin von England bei diesem Anlaß steht nichts fest.

Dresden, 1. Juni. Der Großherzog und die Großherzogin von Baden sind heute Mittag hier eingetroffen. Dieselben wurden vom König und der Königin auf dem Leipziger Bahnhofe empfangen und nahmen ihr Absteigequartier im königlichen Palais. Nachmittags findet Familientafel bei den Majestäten in Strehlen statt. Morgen Abend werden der Großherzog und die Großherzogin von Baden nach Berlin abreisen. — Die Fortschrittspartei hat in der zweiten sächsischen Kammer den Antrag auf Vorlegung eines Gesekentwurfs eingebracht, in welchem die Berechtigung der Polizeibehörden zur Ausweisung von Nichtsachsen aus dem Lande gesehlich geregelt wird.

Bukarest, 31. Mai. Die Konvention zwischen Ungarn und Rumänien über den Anschluß der Eisenbahn in Orsova und Kronstadt ist unterzeichnet worden. Beide Anschlüsse sollen innerhalb 4 Jahren ausgeführt werden, wogegen der von Ungarn vorgeschlagene Artikel über die Tarife zurückgezogen worden ist.

Belgrad, 1. Juni. Fürst Milan ist heute hier eingetroffen. Der Fürst wurde von der Bevölkerung mit Enthusiasmus empfangen.

Washington, 1. Juni. Der Sekretär des Schatzes Richardson hat für den Monat Juni den Verkauf von Gold im Betrage von 5 Mill. Doll. angeordnet. Ein Anlauf von Bonds findet in diesem Monat nicht statt.

Sydney, 30. Mai. Ein früherer Oberst der pariser Kommune, welcher nach Neu-Caledonien deportirt war, ist von dort entflohen und hier eingetroffen.

Oran, 1. Juni. Die spanische Fregatte „Navas Tolosa“ ist mit dem Generaldirektor der Gefängnisse hier eingetroffen, um die aus Carthagena geflüchteten und hier internirten spanischen Galeerensträflinge an Bord zu nehmen.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 1. Juni.

— Am Sonntag Morgen 9 Uhr ist Fürst Bismarck nach Varzin abgereist. Der Fürst sah, der „N. Ztg.“ zufolge, leidend aus. Dagegen bezeichnet die „N. St. Ztg.“ das Aussehen des Reichskanzlers, welcher etwa ¼ Stunde auf dem Bahnhofe zu Stettin verweilte, als „durchaus befriedigendes.“ Auch schien derselbe bei gutem Humor zu sein.

— BAC. [Zwei Verluste der national-liberalen Partei.] Einen bedeutenden Verlust hat die national-liberale Partei insgesamt und die liberale Partei des Großherzogthums Hessen insbesondere durch den Tod des Präsidenten der hessischen zweiten Kammer, Dr. Hoffmann, erfahren. Der Verstorbene war während der vorigen Legislaturperiode auch Mitglied des deutschen Reichstags und hatte durch seine liebenswürdige Persönlichkeit, durch seine Umsicht, seine politische Fähigkeit und sein Wissen bedeutende Hoffnungen im Kreise seiner Freunde erregt. Er gehörte unzweifelhaft zu den hervorragendsten Mitgliedern der national-liberalen Partei, obwohl er seinem Wesen nach ruhig und bescheiden zu wirken liebte. Allgemein war daher das Bedauern der Parteifreunde, als Hoffmann durch die heimischen Verhältnisse gezwungen, die wiederholte Annahme eines Reichstagsmandats ablehnte, um seine volle Kraft der engeren Wirksamkeit im heimischen Landtage zu widmen, wo er als Präsident der zweiten Kammer unentbehrlich schien, seine Freunde hatten die Hoffnungen nicht aufgegeben, daß er, sobald die Umstände es irgend gestatteten, in den Reichstag zurückkehren und dem weiteren Vaterlande seine parlamentarische Thätigkeit wieder zuwenden würde. Leider hat der Tod diese Hoffnungen ebenso wie Hoffmann's fruchtbringende Wirksamkeit in seinem engeren Vaterlande plötzlich durchschnitten. In kurzer Frist — denn der Tod des für seine Heimath so wichtigen Abg. Dr. Meß ist noch unvergessen — hat das Großherzogthum Hessen zwei Verluste von ungewöhnlicher Bedeutung erlitten und es wird

der ganzen Energie der Ueberlebenden bedürfen, um diese Lücken auszufüllen und die Reihen der national-liberalen Partei dort unerschüttert zu erhalten; wir haben indessen das Vertrauen, daß es den Kämpfern der beiden Geschiedenen an der hierzu erforderlichen Thatskraft nicht fehlen wird.

In gleich unerwarteter Weise hat die national-liberale Partei des preussischen Abgeordnetenhauses einen schweren Verlust erlitten; der Abg. Jordan aus Hannover ist am 27. Mai plötzlich verstorben. Der Hofbesitzer Jordan war in seiner engeren Heimath längst als ein verdientes Mitglied der hannoverschen zweiten Kammer bekannt; seit der Vertretung Hannovers im preussischen Abgeordnetenhaus hat er ununterbrochen auch diesem angehört und nicht bloß unter seinen unmittelbaren Berufsgenossen, sondern auch in der gesammten national-liberalen Partei eines großen und wohlverdienten Ansehens sich erfreut. Jordan liebte das öffentliche Reden in der Kammer nicht; wenigstens erinnern wir uns nicht, daß er im preussischen Abgeordnetenhaus jemals das Wort ergriffen hat; aber in lebhafter Theilnahme an den Verhandlungen, im Verständniß der mannigfachen Gegenstände der Gesetzgebung stand er keinem andern Mitgliede des Abgeordnetenhauses nach. Man konnte stets sicher auf sein zutreffendes, unparteiisches, gerechtes Urtheil rechnen und seinem Charakter gemäß hat er stets unbeflüßelt durch persönliche Rücksichten lediglich die Sache im Auge gehabt; deshalb hat seine Meinung, obschon er sie nur in der bescheidensten Form zu äußern pflegte, nicht allein für die Mitglieder aus seiner heimathlichen Provinz, sondern für die gesammte Partei stets einen großen Werth gehabt, und wir dürfen den Tod dieses Abgeordneten als einen Verlust bezeichnen, der nicht so leicht zu ersetzen sein wird.

— Die „Germania“ nimmt Akt davon, daß die gesammte Presse, auch die gegnerische, dem dahingeshiedenen Abgeordneten v. Mallinckrodt einen feinen Gedächtniß ehrenden, achtungsvollen Nachruf widme. „Nur Eine Ausnahme von diesen Leistungen des Anstandes und der Ehre ist leider zu verzeichnen“, sagt das Blatt und bezeichnet als solche die „Kreuzzeitung“. Bei so erstem Anlaß wären indessen Ausdrücke, wie sie die „Germania“ gegenüber der mit ihrer Partei befreundeten Zeitung gebraucht („Niedrigkeit einer Gesinnung, die selbst gegen einen Verstorbenen nicht von Reid und Mißgunst lassen kann“, „Kreatur des Staubes“, „Jämmerlichkeit“), eher zu vermeiden gewesen. Schließlich schreibt die „Germania“: „Man kann wohl einem Blatte, dessen Chefredakteur die eigene Zeitung nur ausnahmsweise lesen soll, Manches zu Gute halten; aber eine solche Verleugnung des Anstandes verdient niemals Nachsicht.“ Wenn wirklich Herr v. Nathusius das von ihm redigirte Blatt „nur ausnahmsweise lesen sollte“, so würde der Chefredakteur damit einen ungleich besseren Geschmack verrathen, als die buchstabengläubigen Abonnenten der „Kreuzzeitung“, meint die „Nordd. Allg.“

DRC. Die diesjährigen Arbeiten der Abtheilung des großen Generalstabes für die Landestriangulation werden sich ausschließlich nur auf die Provinz Preußen erstrecken. Zwar sind auch einige Topographen nach dem östlichen Theil der Rheinprovinz resp. nach der Provinz Hessen-Nassau entsendet, die dort auszuführenden Arbeiten sind jedoch nur von geringen Dimensionen und erstrecken sich nur auf die Feststellung einzelner trigonometrischer Höhepunkte, sowie auf die Richtigstellung der alten hessischen Generalstabskarte.

Breslau, 1. Juni. Die „Schles. Pr.“ schreibt: „Wie uns aus glaubwürdiger Quelle mitgetheilt wird, wir jedoch trotzdem nur unter Vorbehalt mittheilen, hat der Herr Fürst Bischof dem Herrn Kultusminister bei dessen letzter Anwesenheit hier selbst in Galitz's Hotel einen Besuch abgestattet und sich etwa eine Stunde lang dort aufgehalten. Ueber den Zweck und die Beweggründe haben wir leider nichts erfahren können.“

Baderborn, 30. Mai. Ueber die Beerdigung Malinardt's Bericht die „Nöln. Volkstg.“:

Um 11 Uhr Vormittags fand heute zu Voeddeken, dem drei Stunden von hier gelegenen Stammgute der Familie v. Mallinckrodt, die feierliche Beisehung der Leiche Hermann v. Mallinckrodt's statt. Von nah und fern waren viele Hunderte von Theilnehmern um den einsamen, rings von prachtvollen Buchenwäldern umgebenen Edelsitz und in den weiten Räumen desselben versammelt; neben den schlichten Männern aus dem Volke die Elite der katholischen Gesellschaft. Von den Mitgliedern der Zentrums-Fraktion waren außer den bereits erwähnten Herren u. A. noch die Abgeordneten Dr. August Reichenberger, von Thimus, Dr. Brühl aus Hannover, Lingen, Freiherr v. Wendt, das Herrenhaus-Mitglied Graf Brühl erschienen. Die patriotische Fraktion der bayerischen Abgeordnetenkammer hatte die Herren Frhr. v. Zu-Mein, Erzgießerei-Besitzer v. Miller und Pfarrer Lindner deputirt. Von dem katholischen Adel Westfalens fehlte kaum ein namhaftes Mitglied. Unter Vorantritt von etwa 50 Geistlichen, darunter mehrere Mitglieder des baderborner Domkapitels, bewegte sich der Zug zu der unfern des Erbhauses mitten im Walde gelegenen Meinulphus-Kapelle, wo das Seelenamt für den Verstorbenen celebrirt wurde, dem die Menge unter Gottes freiem Himmel beiwohnte. Nach Beendigung des Requiem trugen zwölf der nächsten Anverwandten des Verbliebenen den mit zahlreichen Kränzen bedeckten Sarg an die seitwärts gelegene Gruft. Die Städte Münster und Hamm, sowie die Kreise Ahaus, Tecklenburg und Steinfurt hatten besondere Deputationen mit Vorberkränzen gesandt; die des Wahlkreises Hermann v. Mallinckrodt's zeigten übereinstimmend auf der Schleife die Worte: „Die dankbaren Katholiken dem unerfeglichen Streiter für Wahrheit, Freiheit und Recht.“ An dem offenen Grabe hielt P. Janatus Zeiler aus dem Franziskaner-Orden eine tiefergreifende Ansprache, anknüpfend an das Wort des h. Paulus: „Ich habe gekämpft den guten Kampf, den Lauf vollendet, den Glauben bewahrt.“ Es war eine erschütternde Scene, als dann Einer nach dem andern, die parlamentarischen Genossen des Hingeshiedenen, der westfälische Adel und die von Nah und Fern erschienenen Deputirten an das Grab herantraten und die Handvoll Erde auf den Sarg warfen, der das sterbliche Theil des Mannes umschließt, um den das ganze katholische Deutschland trauert.

Aus Elßaß-Lothringen, 30. Mai. Der frühere Redakteur des „Niederrhein. Couriers“, R. Börsch, ist am 26. d. M. in Nancy gestorben. Als Gemeinrath, als Maireadjunkt, als Mitglied des

Generalraths des Departements, als Chefredakteur, als Gründer und Redakteur des „Bulletin academique“ und als Mitglied des Departementsrathes für das Unterrichtswesen war Börsch, wie das „El. Z.“ sagt, „unfretig der Mann, der in den dreißig letzten Jahren den thätigsten Antheil an den öffentlichen Angelegenheiten des Elßaß genommen.“ Einem Nachrufe, welchen der „Niederrh. Cour.“ bringt, ist zu entnehmen, daß Börsch, der so lange eine hervorragende Rolle im politischen Leben Straßburgs gespielt, vom Anfang der dreißiger Jahre bis 1870 dieses Blatt geleitet hat. Dasselbe sagt von Börsch: „Nachdem er die Regierung Louis Philipps und später die Kandidatur Louis Bonaparte's energisch bekämpfte, zog er sich nach dem Staatsstreich vom politischen Schauplatze zurück, trat aber einige Zeit nachher wieder an die Spitze des Blattes, das er mit seltenem Takt und großer Geschicklichkeit bis 1870 durch zahlreiche Klippen zu führen wußte. Nach Sadowa veröffentlichte er höchst bemerkenswerthe Artikel voll Logik und Klarheit, in denen er die verhängnißvollen Ereignisse, die vier Jahre später eintreffen sollten, vorhergesagt. Aber seine Warnungen blieben vergeblich. Er war einer der wenigen Straßburger, welche sich offen und laut gegen den Krieg auszusprechen wagten. Nach dem Kriege wurde Börsch als Vertreter des niederrheinischen Departements in die Nationalversammlung nach Bordeaux geschickt, wo er mit Kühn und seinen anderen Kollegen von Elßaß-Lothringen gegen die Annexion protestirte.“ — In der vergangenen Woche fand auf dem Fort „Großherzog von Baden“ bei Oberhausbergen eine größere Festungs-Übung statt. Dieselbe wurde eingeleitet durch Versuche, die schweren 15-Centimeter-Ringkanonen über die neuangelegten Rampen auf die Geschützstände des Walles zu schaffen. Wenn auch die Räder dieser eisernen Kolosse fast bis an die Achsen in die noch ziemlich frische Erde eindrangten, so ging das Hinauffahren derselben doch in verhältnißmäßig kurzer Zeit und ohne jede Störung von Statten. Der zweite Tag der Übung, an welchem das eigentliche Festungs-Manöver begann, bestand in der Ausführung der sogenannten artilleristischen Armirung des Forts. Da bereits im Laufe des Winters die sämtlichen Geschütze beim Fort vorhanden und die noch fehlenden 15-Centimeter-Ringkanonen Anfangs der Woche hingeschafft waren, so konnte die Armirung vollständig ausgeführt werden, und der mit den 28 ebenen Schützen garnirte Wall machte einen — wie die pulverbefestete „R. Z.“ sich ausdrückt — für bombardenmächtigste Gemüther beunruhigenden Eindruck. Am dritten Tage fand das Infanterie-Manöver statt, welches die Besetzung der Vorterrains so wie des Forts selbst und einige an diese Besetzung geknüpft Spezial-Übungen umfaßte.

Wien, 31. Mai. Der freiziehende Berg der petersburger handelspolitischen Konferenzen scheint kaum die bekannte Maus gebären zu sollen. Rußland hat selbst seine Konzeptionen in Erleichterung des Grenzverkehrs äußerst knapp bemessen; von irgendwelchen Zollermäßigungen ist von Anfang an nicht die Rede gewesen. Ob solche Zugeständnisse die als Gegenleistung Oesterreichs geforderte Aufhebung des Zollauschusses von Brody werth sind, mag als sehr zweifelhaft erscheinen. Uebrigens werden die Verhandlungen mit einer verzweifelten Gründlichkeit fortgeführt, denn noch sind nicht einmal die österreichisch-russischen Lokal-Kommissionen zur Detail-Ausführung der vereinbarten „Prinzipien“ in Thätigkeit getreten, und die Resultate ihrer Arbeiten sind dann erst einer nochmals einberufenen Konferenz vorzulegen.

Lokales und Provinzielles

Posen, 2. Juni.

r. Die neue Straße, welche auf dem Dr. v. Koszutsk'schen Grundstücke, der St. Martinsstraße parallel, angelegt worden ist, hat bis jetzt ihre natürliche Fortsetzung über die Baderstraße nach der Al. Ritterstraße hin, wo sie alsdann in die neu anzulegende Parallelstraße nach der Wallstraße hin einmünden würde, noch immer nicht gefunden, indem die betr. Adjazenten nicht geneigt sind, das zu einer derartigen Straßenanlage erforderliche Terrain unentgeltlich herzugeben, während zu allen in neuerer Zeit entstandenen Straßen unserer Stadt, d. e. vornemlich den Zweck haben, neue Baufronten zu gewinnen, die Besitzer der Grundstücke in eigenem Interesse den Grund und Boden unentgeltlich hergeben haben. Bismarckstraße, Straße auf dem Koszutsk'schen Grundstücke, Straße auf dem Scharfiewick'schen Grundstücke in der Schützenstraße. Es liegt daher in der Absicht der betr. Adjazenten, welche Grundstücke an jener neu angelegten Straße besitzen oder erwerben haben, derselben überhaupt nicht den Charakter einer öffentlichen Straße, sondern vielmehr eines Vorhofes mit Garten zu geben. Zu diesem Behufe sollen zwar an den Seiten Trottoirs für Fußgänger angelegt, dagegen die eigentliche Straße durch eine Barriere nach dem Petri-Kirchplatze hin gesperrt werden, die jedoch für Fuhrwerke, welche nach den Grundstücken an der neuen Straße fahren wollen, zu öffnen wäre. Auf der Straße selbst soll eine Allee angelegt werden. ■

r. An der Mittelschule ertheilt gegenwärtig an Stelle des verstorbenen Kantors und Mittelschullehrers Wienwald den Gesangsunterricht interimistisch der Privat- und Musiklehrer Böttcher. Der englische Sprachunterricht an den Knabenklassen wird von dem Rektor Gerike (an der Luisenschule) ertheilt.

— Schulinspektion. Dem Dekan Balzewicz in Murowana-Goskin ist die Inspektion über die dortige katholische Schule entzogen und dem Ortsbürgermeister Hache übertragen worden.

— Trauerbilletts. Bekanntlich trug während des letzten polnischen Aufstandes sowohl in unserer Provinz wie noch mehr im Königreich Polen der größte Theil der polnischen Bevölkerung Trauerkleider. In Polen wurde dieses demonstrative Trauern bei Androhung von Strafen verboten und nur bei wirklichen Trauerfällen in der Familie gegen Erhebung eines besonderen Erlaubnißscheines gestattet. Wiewohl seit dem Aufstande bereits über 10 Jahre verfloßen sind, existirt noch jetzt das Verbot des Tragens von Trauerkleidern ohne polizeiliche Genehmigung. Einem hiesigen polnischen Blatte ist ein solches Trauerbilletts im Original zugesandt worden. Dasselbe, in polnischer und russischer Sprache gedruckt, gewährt einer Mutter die Erlaubniß, für ihre verstorbene Tochter eine elfmonatliche Trauer anzulegen. Der Schein kostete 5 Kopelen in Silber.

— Frankfurt, 31. Mai. [Gewitter. Feuer. Schullehrerseminar.] In den Abendstunden des 29. und 30. d. entluden sich

über unsere Stadt heftige Gewitter, welche von Regengüssen begleitet waren. Am ersten dieser Tage entzündete der Blitz die Scheune eines Bauernhofes in Oberpritschen und brannte dieselbe total nieder. — In der letzten Sitzung unserer Stadtverordneten kam die feiner Zeit in diesen Blättern vielfach besprochene Frage wegen Verlegung des Seminars von Posen nach Kamin, ebenfalls zur Verhandlung und ging daraus hervor, daß von Fraustadt aus das Anerbieten gemacht worden ist, dasselbe hier aufzunehmen und zu diesem Zwecke unser Bürgermeister in Posen war. Die Mission desselben war insofern von Nutzen, als der Herr Oberpräsident das Ansuchen unserer Stadt höheren Orts zur Geltung bringen will, indem von vorne herein die beiden Städte Kamin und Fraustadt ins Auge gefaßt worden sind. Eine Entscheidung darüber ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Es läßt sich nicht leugnen, daß Fraustadt, als gänzlich deutsche Stadt, ein für diesen Zweck viel günstiger Ort ist, als Kamin, und andererseits unsere Stadt dadurch auch Vortheil ziehen würde. Dem Anschlag an die Petition des Magistrats zu Posen wegen Ueberlassung von 50 pCt. der Gebäudesteuer wurde beigegeben.

Grätz, 28. Mai. [Städtische Wahlen. Pfingstschießen.] In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurden für eine jährliche Amtsdauer zum Beigeordneten der bisherige Rathsherr Rechtsanwalt Dr. Bernhard, und zu Magistratsmitgliedern der Stadtverordnete Apotheker Knaprecht und bisherige Rathsherr, Kaufmann Manasse Beradt gewählt. — Die hiesige Schützengilde feierte vom 25. d. M. bis heute ihr diesjähriges Pfingstschießen. Die Königswürde erlangte der hiesige Fleischmeister Anton Suchorst, die eines Nebenkönigs der hiesige Rentier Bauisch.

Juroschin, 31. Mai. [Vienenverein.] Auf Anregung des Lehrers Kempa (Telec) ist hier ein Vienenverein ins Leben gerufen worden. Zweck desselben ist: Weckung des Interesses für die Vienenzucht überhaupt, Beschaffung billiger und guter Stöcke, gegenseitige Belehrung. Möge der Verein gedeihen!

g. Obornik, 30. Mai. [Unglücksfall.] Leider habe ich Ihnen wieder von einem Unglücksfall zu berichten, der den Tod zur Folge hatte. Vor einigen Tagen untersuchte der Kaufmann Eduard Bornemann den einen Hinterfuß seines Herdes. Hierbei schlug dasselbe aus und traf denselben so unglücklich am Kopfe, daß er sofort in Folge des Schlags, welcher das Gehirn verletzt hatte, gestorben ist. Die Stadt verliert in dem Dahingegangenen einen seiner besten Bürger. 33 Jahre war er Mitglied des evangelischen Kirchen-Kollegiums und ebenso lange verwaltete er das Amt eines Stadtverordneten, zuletzt war er Beigeordneter des Bürgermeisters im Magistrats-Kollegium. Die Trauer über sein Hinscheiden ist eine allgemeine.

Winnic, 31. Mai. [Badeanstalt.] Im vorigen Monat wurde die einzige hiesige Badeanstalt, die viele Jahre hindurch unserer Stadt gute Dienste geleistet hat und dem B. von Massenbach gehörte, abgebrochen, weil sich für die nächste Saison kein Pächter für dieselbe finden wollte. Wir wären somit in diesem Sommer ohne Badeanstalt gewesen, wenn nicht die hiesigen Stadtverordneten das dringende Bedürfnis einer solchen erkannt und sich mit Herrn von Massenbach dahin geeinigt hätten, daß sie von letzterem die Berechtigung erhalten, in dem im Umfang ca. 4 Kilo-Meter großen, zum Dor. Winnic gehörigen See eine neue Badeanstalt zu errichten.

Schwerin a. W., 28. Mai. [Schützenfest.] Wahlen zur Kreisynode. Unsere Schützengilde, finanziell gut gestellt, erfreut sich immer mehr der Teilnahme des hiesigen Publikums und hat in diesem Jahre 8 neue Mitglieder aufgenommen, so daß die Mitgliederzahl gegenwärtig 169 beträgt. Die Mitglieder zahlen nur ein Eintrittsgeld und werden alle Kosten, die durch die Feier des Geburtstages des Kaisers, durch das Königs-, durch das Gewinnschießen, durch die Sedanfeier u. entstehen, aus der Kasse bestritten und dabei noch das Vermögen der Gilde jährlich um 50 Thlr. Kapital vermehrt. Beim diesjährigen Königschießen erhielt der Kupferschmiedemeister Karl Krug die Würde als Schützenkönig, der Schuhmachermeister H. Werner wurde erster Ritter, der Gastwirt G. Fröhlich zweiter Ritter. — Auf Grund der neuen Synodalordnung fand gestern im Gemeinderath die Wahl der Deputirten statt, zu welcher aus der Gemeinde Schwerin drei Mitglieder zu wählen waren. Die Wahl fiel aus der Gemeindeverwaltung auf den Gutsbesitzer Masche auf Kiewitz und Oberamtmann Becker auf Althöfen; aus der Gemeinde aber auf den Mühlbesitzer Herr Karl Nidel in Drahmühle, sämtlich liberal. Zu deren Stellvertreter wurden die Gemeinderathsraths-Mitglieder Bädermeister A. Leutke, Vorwerksbesitzer F. Fittner und Grundbesitzer J. Wellach gewählt.

Schwerin, 1. Juni. [Schützenfest. Feuer.] Bei dem diesjährigen Schützenfest hat der Stadtrath Hr. Carl Menzel den besten Schuß für den Kaiser. Da das an den Kaiser abgegebene Telegramm unbeantwortet blieb, so wurde gestern Hr. C. Menzel als König eingeführt. — Gegen 1 Uhr Abends entstand Feuer in dem Gehöft des Zimmermeisters Siemer. In kurzer Zeit brannten das Wohnhaus und zwei Speicher ausbrach, so vermuthet man böswillige Brandstiftung.

r. Wollstein, 29. Mai. [Gesangverein. Pfingstschießen.] In Kamin hat sich in neuester Zeit ein Gesangverein gebildet, dem bereits über 20 aktive Sänger beigetreten sind. Dirigent des Vereins ist der zweite Lehrer an der katholischen Schule Herr Nowicki. Der Verein hat seine Thätigkeit damit begonnen, daß er am ersten Pfingstfesttage beim Hauptgottesdienste in der dortigen evangelischen Kirche eine sehr gut eingelebte Arie vortrug. — Das diesjährige Pfingstschießen ist bei uns in den Tagen vom 27. bis 29. d., vom schönsten Wetter begünstigt, abgehalten worden. Den besten Schuß that der Müllermeister Sübner, den zweitbesten der Bädermeister Karl Neubelt. Den Bemühungen des Bürgermeisters Faust in Kiebel, (einem überwiegend polnischen Städtchen) ist es gelungen, seit Jahren bereits daselbst ein ganz ordnungsmäßiges Königschießen einzuführen. Daselbst fand diesmal am zweiten und dritten Pfingstfesttage statt. Die Königswürde errang der Ackerbürger Müller.

Wreschen, 29. Mai. [Ein eigenthümliches Leichenbegängniß.] wurde gestern von der hiesigen jüdischen Gemeinde veranstaltet. Bei den Erdbarbeiten behufs Legung des Fundamentes der neu erbauenden Synagoge stießen die Arbeiter auf 2 menschliche Schädel, in welchen riesige etwa 10 Zollige Nägel steckten. Bei der darauffolgenden Bloßlegung der Skelette fand man dieselben in einem fast noch ganz erhaltenen Sarge liegend, und zwar erkannte man das eine als ein männliches, das andere als ein weibliches Skelett. Auch ließen die vollständig und tadellos erhaltenen Zähne auf die Jugend der hier Getödteten schließen. Längst schon erzählten alle Leute, daß auf dem Synagogenplatze drei jüdische Märtyrer begraben lagen, und zwar ein Rabbiner der hiesigen Gemeinde und ein Brautpaar, welche in der schrecklichen Judenverfolgung des Jahres 1656 nebst vielen anderen Gemeindegliedern umgebracht worden waren. Man erzählte sich, daß früher auf jenen Gräbern mehrere Male im Jahre Gebete verrichtet wurden, doch war die genaue Bezeichnung der Stelle im Laufe der Zeiten theilweise in Vergessenheit gerathen. Denn die 4 Pfähle, welche bis heute zur Umgränzung jener Gräber dienen sollten, waren, das wußte man, nach und nach von ihrer Stelle gerückt. Gestern nun fand die Beerdigung der wieder ans Licht gebrachten Gebeine unter Theilnahme fast der ganzen Gemeinde statt, welche tief ergriffen der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Rede des Rabbiners lauschte und jenen so grausam um ihres Glaubens willen Dahingemordeten manche Thräne widmete. — Die Grundsteinlegung der neu erbauenden Synagoge wird am 16. Juni stattfinden und werden zu dieser Feier bereits mehrfache Vorbereitungen getroffen.

i. Zweiter Städtetag in der Provinz Posen.

Unsere Kommunalbehörde, welche sich von dem ersten Städtetage in der Provinz Posen fern gehalten, hatte den zweiten Städtetag, welcher am 1. Juni d. J. in unseren Mauern begann, dadurch geehrt, daß der Rathhausthurm und die übrigen städtischen Gebäude mit Fahnen geschmückt waren. Auch hatte sich eine aus 6 Magistrats-

Mitgliedern: Oberbürgermeister Kohleis, Bürgermeister Herse und den Stadträthen Annuß, Bielefeld, J. Jaffe und Kump bestehende Deputation in die Aula der Realschule begeben, um die Vertreter der Städte unserer Provinz zu begrüßen. Als die Versammlung bald nach 10 Uhr Vormittags begann, waren etwa 25 Vertreter in der Aula anwesend.

Oberbürgermeister Kohleis begrüßte dieselben im Namen der Stadt Posen und der städtischen Vertretung und rief ihnen ein herzlich willkommen zu, gleichzeitig den Wunsch aussprechend, daß die junge Institution des Städtetages sich immer mehr segensreich entfalten möge. — Bürgermeister Keimann (Kissa) sprach im Namen der Versammlung den Dank für die gastfreundliche Aufnahme aus, welche die Vertretung der Stadt Posen ihren Gästen zu Theil werden lasse, und knüpfte den Wunsch daran, daß die Stadt Posen sich bald an der Spitze des Städtetages befinden möge; dann wurde diese junge Institution bald emporblühen und der große Saal der Realschule in wenigen Jahren sich mit Vertretern der Städte unserer Provinz füllen.

Bürgermeister Keimann übernahm darauf als Mitglied des ständigen Ausschusses des Städtetages vorläufig den Vorsitz. Die Versammlung sei noch schwach, ein Beweis, wie sehr den Städten unserer Provinz das Gefühl der Zusammengehörigkeit fehle. Redner hofft aber, daß dieses Gefühl wachsen werde und giebt zum Schluß, wie er meint, dem allgemeinen Gefühl in einem Hoch auf den Kaiser Ausdruck. Nachdem die Versammlung sich von ihren Plätzen erhoben und in dies Hoch mit eingestimmt, erklärte Bürgermeister Keimann den zweiten Städtetag für eröffnet und macht zunächst einige geschäftliche Mittheilungen. — In einem Schreiben zeigt der frühere Bürgermeister Lenz von Kamin, früher Mitglied des ständigen Ausschusses des Städtetages, seine Veretzung von Kamin nach Prenzlau an, so daß hiermit seine Funktion beim Städtetage erloschen sei. Da Kamin keinen neuen Vertreter für den Städtetag gewählt hat, so ist es demnach als ausgeschieden aus dem Verbande zu betrachten. Der ständige Ausschuss des Städtetages hatte an das Abgeordnetenhaus die Petition gerichtet, den § 5 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes, betr. die den Gemeinde- und Bezirksbeamten, denen das Amt des Standesbeamten übertragen wird, zu gewöhnliche Entschädigung, nicht in der vom Herrenhause angenommenen Fassung seine Zustimmung zu ertheilen, da insbesondere die kleinen Städte dadurch Schaden erleiden würden. Doch hat bekanntlich das Abgeordnetenhaus den § 5 in der vom Herrenhause beschlossenen Fassung angenommen. Auf dem ersten Städtetage sei kein Beschluß darüber gefaßt worden, in welchen Zeitsungen die Publikationen desselben zu erfolgen haben. Der ständige Ausschuss habe geglaubt, diejenigen größeren Zeitungen wählen zu müssen, welche in unserer Provinz am meisten gelesen werden: Die Posener, Ostdeutsche, Bromberger, Schleßische und Bieslauer Zeitung. Da nun von Seiten mehrerer kleinerer Zeitungen deswegen Beschwerden erhoben worden sind, so frage er die Versammlung, ob es bei der Publikation in jenen 5 Zeitungen sein Bewenden haben solle. Diese Frage wird von der Versammlung bejaht. — Es wird ferner ein Schreiben des Oberbürgermeisters Kohleis verlesen, in welchem derselbe die Versammlung zum Besuche der städtischen Schulen und sonstigen Anstalten einladet. — Oberbürgermeister Bore (Bromberg) theilt in einem Schreiben mit, daß er und die übrigen Vertreter Brombergs wegen Abhaltung erst am Dienstag eintreffen würden. — Es werden darauf die Namen der Städte, welche dem Verbande angehören, verlesen, wobei die erlegenen Vertreter sich melden. Es wird dabei die Reihenfolge inne gehalten, in welcher diese Städte beigetreten sind: Schlichtingheim, Kamin (Bürgermeister Jankmeier), Wronke, Wollstein (Beigeordneter Brutsche), Bojanowo (Bürgermeister Kollisch), Schwerin a. W. (Bürgermeister Müller), Bomst, Keisen, Gostyn (Bürgermeister Klegner), Dupin (Bürgermeister Langner) und Rathsherr Siefeldt, Strzelno, Kamin b. Posen (Bürgermeister Karszewicz), Binbaum, Kobylin (Bürgermeister Langner), Kassel (Bürgermeister Münzer), Pleschen, Inowraciam, Kosten (Bürgermeister Krug), Grätz (Bürgermeister Deutsch, Stadtverordneter Herzfeld), Krotoschin, Miesitz (Beigeordneter Wolf, Stadtverordneter-vorsteher Brenzel), Wielichowo (Bürgermeister Klupisch), Bromberg, Bentschen (Bürgermeister Schramm), Rynarzewo (Bürgermeister Einjorn), Rabischin, Zdun, Wreschen (Bürgermeister Dombrowicz), Kolowich Crona, Kissa (Bürgermeister Keimann), Stadtverordneter Grundmann, Keisen (Bürgermeister Weiche, Rathsherr Beuthner). — Die Versammlung wählt darauf zum Vorsitzenden den Bürgermeister Keimann, zum stellvertretenden Vorsitzenden den Bürgermeister Kollisch (Bojanowo), zum Schriftführer den Stadtverordneten Grundmann (Kissa).

Es wird alldann in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten, welche mit einem Vortrage des Bürgermeisters Müller-Schwerin a. W. über das Elementarschulwesen in der Provinz, Was ist zu geschehen? Was hat noch zu geschehen? beginnen. — Der Vorsitzende leitet diesen Vortrag mit dem Hinweis ein, daß das Schulwesen eine der wichtigsten Sachen für unsere Provinz sei, und daß Einrichtungen, die in Preußen bereits gegen Ende des vorigen Jahrhunderts existirt haben, und welche die Höhe des damaligen Schulwesens dokumentiren, in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts beseitigt worden seien, und erst jetzt wieder aufleben beginnen, insbesondere die Simultanität im Schulwesen. Es sei unter dem jetzigen Unterrichtsminister bereits mancherlei zur Hebung des Schulwesens geschehen, doch bleibe noch Vieles zu wünschens übrig.

Bürgermeister Müller-Schwerin a. W. weist in seinem Vortrage über das Elementarschulwesen in unserer Provinz zunächst auf Dasjenige hin, was neuerdings zur Hebung des Schulwesens in unserer Provinz geschehen sei. Es sei das Schulaufsichtsgesetz erlassen, viele geistliche Schulinspektoren seien, meistens aus politischen Gründen, ihres Amtes enthoben, der Gebrauch der polnischen Unterrichtssprache, wiederum meistens aus politischen Gründen, beschränkt, die Gehälter der Lehrer jedoch erst wenig aufgebessert, und der zum großen Theil mangelhafte Versuch gemacht worden, Simultanschulen einzurichten. Unterdeß sei auch die Aussicht, daß endlich ein Unterrichtsgesetz ins Leben treten werde, näher gerückt. Da bis jetzt demnach erst wenig geschehen sei, so sei es wohl an der Stelle, in einer Versammlung von Gemeindevertretern unserer Provinz sich über die Schäden unseres Unterrichtswesens und über die Heilung dieser Schäden klar zu werden. Referent werde sich demnach bemühen, seine aus eigenen Erfahrungen gewonnenen Ansichten in Betreff der Hebung des Schulwesens darzulegen. — Der bisherige Pfleger der Schule sei die Kirche gewesen, in ihrer Exekutive dabei unterstützt vom Staate. Es sei dies kein naturgemäßes Verhältnis, die Pflege der Schule müsse vielmehr der Gemeinde obliegen, die Volksschulen müßten Gemeindeanstalten mit allen Konsequenzen sein. Die Oberaufsicht über die Schule habe der Staat zu führen, und da er gleichfalls ein lebhaftes Interesse an der Schule habe und die Steuerzahler überdies genug in Anspruch nehme, müsse er, falls die Mittel der Gemeinden nicht ausreichen, sie unterstützen. Diese Unterstützung werde insbesondere zur Aufbesserung der Lehrergehälter verwendet werden müssen, die mit Ausnahme der Stadt Posen in unserer Provinz für die jetzigen Verhältnisse durchaus unzulänglich seien. Während für die höheren Lehranstalten ein sehr opulenter Normal-Statut ausgestellt worden sei, fehle derselbe noch vollkommen für die niederen Lehrer. Man habe, um dem Mangel an Lehrern abzuwehren, eine Vermehrung der Seminare ins Auge gefaßt, weit erprießlicher werde zu diesem Behufe eine Erhöhung der Lehrergehälter sein. Bei Aufstellung des Normalstatuts sei nicht allein das Dienstalter, sondern vor Allem auch die Qualifikation zu berücksichtigen; auch hätten die Elementarlehrer gewiß dasselbe Anrecht auf Pensionirung, wie die übrigen Beamten. Sei nun einmal ein Normalbesoldungsplan für die Lehrer aufgestellt, dann sei mit Berücksichtigung aller Verhältnisse zu prüfen, inwieweit die Mittel der Gemeinde ausreichen, und erst, wenn sie wirklich nicht ausreichen, dann möge der Staat einen Zuschuß gewähren, aber nicht, wie dies bisher ohne wesentlichen Erfolg geschehen, an die einzelnen Lehrer, sondern an die Gemeinden. — Was nun die Organisation des Schulwesens betreffe, so sei mit Rücksicht darauf, daß das schulpflichtige Alter 8 Jahre lang währe, als normaler Schulkörper derjenige zu betrachten, welcher zwei untere aufsteigende Klassen mit gemischten Geschlechtern und 5 Knaben- und 5

Mädchenklassen enthalte. Da nun die wenigsten Gemeinden im Stande seien würden, getrennte konfessionelle Schulen mit so vielen Klassen einzurichten, so werde sich die Simultanschule von selbst ergeben. Einzelnen Klassen dürften höchstens von 60 Schülern besucht werden. Damit die Kraft des Lehrers nicht überlastet werde, auch sei der Gesundheit wegen für gesunde, lichte Schulräume Sorge zu tragen. Die Feststellung des Lehrplanes sei den Sachmännern zu überlassen. Die Mühe auf einer pädagogisch-sittlichen Grundlage basiren. Von den Sprachen sei die deutsche, als die des Reiches, besonders zu kultiviren; andere Sprachen nur insoweit, als sie das Verständnis der deutschen Sprache fördern helfen. Für tüchtige Lehrer, an denen noch ein großer Mangel fühlbar sei, werde durch bessere Einrichtung der Seminare sowie durch Gewährung ausreichender Gehälter am besten gesorgt werden. Der Staat möge die Oberaufsicht über die Schulen nur durch technisch gebildete Inspektoren, wie es die jetzigen Schulaufsichtsinpektoren sind, ausüben, und lasse die gegenwärtige, meist mangelhafte Lokal-Schulaufsicht fallen. — Wenn der Schulbesuch in unserer Provinz so überaus dürftig sei, so liege die Ursache davon in der großen Armuth, die sich nicht allein in den kleinen Städten, sondern selbst in der Provinzial-Hauptstadt an der Straßenbettel bemerkbar mache. Um den Schulbesuch zu heben, dazu genügen keine Polizeimagregeln, sondern vornehmlich die wirtschaftliche Hebung unserer Provinz, welche ebenso notwendig zur Hebung des Schulwesens sei, wie ein organisches Unterrichtsgesetz, welches unser sammtliches Schulwesen umgestalte.

Bürgermeister Keimann präzisirt den Inhalt des vom Bürgermeister Müller gehaltenen Vortrags dahin, daß es vornehmlich an die Organisation des Schulwesens ankomme, da es zu weit führe, alle Mittel in Erwägung zu ziehen, welche zur wirtschaftlichen Hebung der Provinz beitragen im Stande sind, und diese Frage bei den Verhandlungen über die Kreisordnung am nächsten Tage erörtert werden würde. Die Organisation des Schulwesens habe sich zu beziehen auf die Stellung der Schule zu Kirche, Gemeinde und Staat. Die Schule müsse ganz unabhängig werden von der Kirche, sie müsse vollkommen Gemeindegeldern bedürftig werden, und der Abolitionismus des Staates im Schulwesen müsse aufhören. — Was nun zunächst die Organisation der Schule im Allgemeinen betreffe, so werde sich, entsprechend der 14-jährigen Dauer der Schulpflichtigkeit, am besten eine 8klassige Schule empfehlen. Redner trägt den Lehrplan einer solchen Schule vor. In der polnischen Sprache sei nur nach Bedürfnis zu unterrichten, 22 Stunden seien in den untersten, 25 bis 29 Stunden in den oberen Klassen zu ertheilen, und dabei den Schülern jedenfalls genugsam Zeit zur freien Bewegung und körperlichen Entwicklung zu lassen. Wenn es nun auch nicht überall möglich sein werde, 8klassige Schulen zu errichten, so würden sich doch jedenfalls 4klassige Schulen an allen Orten leicht schaffen lassen.

Bürgermeister Kollisch-Bojanowo führt als Beispiel einer 7klassigen Schule die in Bojanowo seit 100 Jahren bestehende an, welche 2 gemischte, 3 Knaben- und 2 Mädchenklassen habe, und die recht tüchtiges leiste. Eine derartige Schule sei sicher für Städte, wie Bojanowo, ausreichend. Der Etat für dieselbe betrage 2000 Thlr., außerdem noch der Staat 429 Thlr.

Es wird darauf in die Spezialdiskussion eingetreten, und erörtert Bürgermeister Keimann dabei zunächst das Verhältnis der Schule zur Kirche. Gerade in unserer Provinz sei die Simultanschule bei den nationalen Gegenständen durchaus nöthig; die Schule dürfe durchaus in keinem Zusammenhange mit der Kirche stehen, damit diese den Gegenstand der Nationalität nicht noch schärfe. Es sei daher am besten, daß in der Schule überhaupt kein Religionsunterricht erteilt werde, daß der Lehrer kein Kirchenamt besitze, und daß auch die ärmere Schüler während der Schulzeit nicht als Chor- und Singschüler der Kirche beschäftigt werden; dies sei schon insofern verwerflich, als die Kirche die Schüler dabei zum Betteln anleite, wodurch dieselben sich eben für ihren Gesang bezahlt machen. Redner habe es in Kissa durch Verfolgung der Sache beim Ministerium durchgesetzt, daß den Schülern während der Schulstunden kein Urlaub mehr zum Singen und Betteln gegeben werden darf.

Bürgermeister Müller-Schwerin a. W. spricht sich gegen den Wegfall des Religionsunterrichts in den Schulen, und gegen einen etwaigen kosmopolitischen Religionsunterricht aus, da die positive Religion stets die Grundlage der Erziehung bilden müsse. Aber es dürfe der Religionsunterricht nicht von Geistlichen beeinflusst, sondern den Lehrern, welche die Qualifikation für den Religionsunterricht haben, erteilt werden. — Bürgermeister Keimann hält die Ansicht aufrecht, daß, um der religiösen Streitigkeit entgegen zu wirken, die Schule ein neutrales Terrain sein, und es den Schülern überlassen bleiben müsse, wo sie den Religionsunterricht nehmen wollen. — Bürgermeister Müller a. W. ist dagegen der Ansicht, daß die religiöse Streitigkeit mehr zusammen werbe, wenn die Schüler den Religionsunterricht etwa bei unabhängigen Geistlichen, als bei Lehrern in humanem, tolerantem Sinne erhalten.

Es werden darauf in Bezug auf das Verhältnis der Schule zur Kirche folgende Resolutionen angenommen: 1) Die Schule ist vollständig von der Kirche zu trennen. 2) Die Schule muß ein völlig vollkommen simultanes Charakter tragen. 3) Kein Lehrer darf ein Kirchenamt besetzen und 4) Kein Schüler darf während der Schulzeit als Chor- oder Singschüler, oder auf sonstige Weise kirchlich beschäftigt werden.

In Betreff der Stellung der Schule zur Gemeinde führt Bürgermeister Keimann aus, wie gegenwärtig die Schule vollkommen abhängig vom Staate sei, und wie die Gemeinden nur zu zahlen, aber Nichts über die Schulen zu bestimmen haben. Das müsse anders werden, wenn die Gemeinden Lust an den Schulen haben sollen; die Schule müsse durchaus Gemeindegeldern bedürftig werden. Im Einverständnis mit den Gemeinden haben der Staat das Minimalgehalt festzusetzen, und den Gemeinden müsse es überlassen bleiben, je nach Qualifikation die Gehälter der Einzelnen zu erhöhen. Am die Kosten der Schule zu bestreiten, sei nöthigenfalls von den Bessersituirten ein Schulgeld einzuziehen, und wenn auch dies nicht fruchte, erst dann habe der Staat mit seiner Hilfe einzutreten. — Die Lokal-Schulaufsicht sei durch die Schulvorstände auszuüben, und wo dies z. B. in den Dorfgemeinden seine Schwierigkeit habe, da werde die einschließende Kreisordnung mit ihren Amtsbezirken die Wege zeigen, welche erforderlich sind, um zu einer geeigneten Lokal-Schulaufsicht zu gelangen. — Von anderen Seiten wird die Zahlung eines Schulgeldes, die neben der Schulsteuer stets drückend sei, lebhaft bekämpft, schon aus dem Grunde, weil dadurch die zahlenden Schüler veranlaßt werden würden, sich den nicht zahlenden gegenüber höher zu dünken. Außerdem widerspreche die Erhebung des Schulgeldes der Verfassung, da nach der Befassung der Unterricht an der Volksschule unentgeltlich sein soll. — Es wird darauf in Betreff des Verhältnisses der Schule zur Gemeinde folgende Resolution angenommen: Die Elementarschule soll lediglich eine Gemeindegeldanstalt, mit allen Konsequenzen, sein; der Unterricht in derselben ist frei.

In Betreff des Verhältnisses der Schule zum Staate weist Bürgermeister Keimann darauf hin, daß der Staat an der Schule schon insofern ein großes Interesse habe, als ihm dieselbe eine produktive, sittlichere Bevölkerung liefere. Demnach erhalte der Staat den Schulzwang aufrecht. Trotzdem werde die Schule sehr stark verarmt, indem einerseits Schulinspektoren und Lehrer viel zu häufig die Schulstunden beurlauben, andererseits aber auch das Maximum der Schulstrafe von 5 Sgr. für jeden Tag viel zu niedrig ist, wenn z. B. die Eltern durch ihre Kinder mehr zu verdienen im Stande sind. Was die Kreisordnung betreffe, so werde dieselbe nach Einführung der Kreisordnung durch den Kreisausschuß als Aufsichtsbehörde mit dem Kreis-Schulaufsicht geübt werden. Die Stadt Posen sei bis jetzt die einzige in der Provinz, in der das Verhältnis der Schule zum Staate schon in der wünschenswerthen Weise geordnet sei, indem hier der Oberbürgermeister Kreis-Schulaufsicht sei, und der Staatsabsolutismus in Bezug auf das Schulwesen schon aufgehört habe. — Es wird darauf folgende Resolution gefaßt: Die Oberaufsicht des Staates über die Elementarschule ist auf diejenige zu beschränken, welche er über alle Kommunalanstalten ausübt; es steht ihm über die Elementarschule nur das

jenige Aufsichtsrecht zu, welches er z. B. in der Stadt Posen bereits faktisch übt.

Ueber den Antrag des Magistrats zu Bielschowo, betreffend die Uebernahme der polizeilichen Transport- und Portokosten auf den Staat referirt Bürgermeister Klupp...

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 30. Mai. Vor der 5. Kriminaldeputation des königl. Stadtgerichts wurde gestern gegen die Teilnehmer am Diebstahl beim österr. Reichshof Botshafter Grafen Karolyi verhandelt.

Staats- und Volkswirtschaft.

Gründer-Verantwortung. Der Berliner „Bör.-Cour.“ schreibt: Das Obertribunal hat jüngst den Grundlag aufgestellt, daß es als Betrug anzusehen sei, wenn des späteren vortheilhafteren Verkaufes wegen eine höhere Summe angegeben sei...

Neue Bahnen. Die Richtungslinien der neuen Bahnen Posen - Kozietnica - Schneidemühl - Belgard und Neustettin - Ulrichthal - Rügenwalde - Stolp...

Hamburg, 1. Juni. Bei der heutigen Serienziehung der Rdn.-Kinde der Prämien-Antheilscheine wurden die Nummern 1134, 2101 und 3962 gezogen.

Wien, 1. Juni. Bei der heute stattgehabten Ziehung der 1864er Loose fiel der Haupttreffer auf Nr. 94 der Serie 1518; 20,000 fl. fielen auf Nr. 47 der Serie 2226, 15,000 fl. auf Nr. 16 der Serie 2226, 10,000 fl. auf Nr. 12 der Serie 1302.

Table with financial data for Vienna, 1. Juni. Monats-Ausweis der österreichischen Nationalbank. Includes items like Notenumlauf, Metallcash, Wechsel, Staatsnoten, etc.

*) Ab- und Zunahme gegen den Wochen-Ausweis vom 27. Mai.

Schweizer Westbahn. Mit Bezug auf die Aufforderung zur Subscription auf 28,000 Prioritäts-Stamm-Aktien geht der „National-Zeitung“ eine Darstellung der Verhältnisse zur, der das Berliner Blatt Folgendes entnimmt: Der Erlös soll bekanntlich zur Vermehrung der Betriebsmittel und dem Ausbau der 50 Kilometer langen Linie Freiburg-Overdon und zur Leistung von Vorschüssen für die Bahn-Unternehmungen Brohe und Jongue-Telepans dienen.

Petersburg, 29. Mai. (Große russische Eisenbahngesellschaft.) Auf der gestrigen Generalversammlung, auf welcher 437 Personen mit 87,691 Aktien und 2223 Stimmen vertreten waren (darunter auch viele aus Paris, London und Amsterdam), haben sich alle die früher gemeldeten Unordnungen und Betrügereien als begründet herausgestellt.

Bremen, 31. Mai. [Wolherich.] Der verfloßene Monat war hier im Ganzen ein ziemlich ruhiger im Wollgeschäfte; trotz der günstigen Berichte von den Londoner und Antwerpener Auktionen, die anhaltend fest und unter lebhafter Theilnehmung verliefen und in London weiter vorangehen, fehlte die Anregung vom Inlande, welches sich angezogen der billigen Preise von deutschen Wollen und der nahe bevorstehenden deutschen Schur sehr zurückhaltend verhielt...

Vermischtes.

Breslau, 1. Juni. Der k. Sanitätsrath Dr. Fr. W. B. i o l ist nach kurzer Krankheit vorgestern Abend einem Lungenstiche erlegen. Der Verstorbene hat sich in langjähriger Wirksamkeit als Arzt, namentlich auf dem Gebiete der Augenheilkunde, andererseits aber auch besonders als kunstfertiger Freund und Förderer des musikalischen Lebens unserer Stadt mannigfache Verdienste erworben.

Ferdinand Freiligrath, der in den letzten Jahren sein Domizil in Stuttgart hatte, gebent (wie wir in der „Karlsruh. Ztg.“ lesen) seinen Wohnsitz in Gengebach bei Offenburg (im Schwarzwald) aufzuschlagen.

Das Baiarische Vaterland leistet bekanntlich Ungewöhnliches in der Verhezung Preußens bei seinen Lesern. In seiner neuesten Nummer schildert es die Sitten der alten Preußen nach einem wahr-scheinlich ultramontanen Gesichtswinkel:

Die alten Preußen verkehrten Sonne, Mond und Sterne, den Donner, Bögel und Thiere bis zur Kröte herab... Ihre gewöhnliche Beschäftigung war Ackerbau, Jagd u. Fischfang... Sie waren gastfreundlich; aber erst wenn Gast und Wirth samt allen Hausgenossen sich vollständig herauscht hatten, galt die Bewirthung für ehrenhaft... Während die Töchter, wie erwähnt, bis auf Eine getödtet wurden, wurden die Söhne für den Krieg erhalten. Die

Brant wurde dem Vater abgekauft; mehrere Franzen zu haben war erlaubt... Das Weib mußte dem Gatten dienen, wie eine Magd, daß nie mit ihm an einem Tische und wusch den Gästen und männlichen Hausgenossen die Füße u. s. w.

Sittige Nähseide. Wie durch chemische Untersuchung nachgewiesen ist, befinden sich in der schwarzen Nähseide beinahe 18 pCt. Bleioryd. Man trinkt nämlich in vielen Fabriken Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und der Schweiz die Nähseide mit Bleisalz, um sie schwerer zu machen.

In Warrensburg an der Missouri-Pacific Bahn soll sich der „N. D. S. Z.“ zufolge Folgendes zugetragen haben: Eine Dame - also ein Engel, die Fleisch gewordene Gottheit, die verkörperte Schönheit u. s. w. - beglückt ein Hotel mit ihrer Gegenwart.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Angewandte Fremde vom 2 Juni.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME Die Kaufleute Jasse aus Greiz, Bejach a. Berlin, Großmann a. Fraustadt, Lübbe a. Berlin, Bahn a. Leipzig, Woog a. Paris, Schäfer a. Leipzig, Rittergutsbesitzer Weinhold a. Wilsleben, Fabrikant Mannheimer a. Bremen, Rentier Brückert a. Warmbrunn, Baumeister Kaskel a. Kofel, Direktor Franz aus Hamburg.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE Die Rittergutsbesitzer Kempinsky a. Chwalowo, Ritzmarz und Nordzwey a. Ropyotzko, Frau Berndt und Familie a. Kiano, Marterne a. Chwalowo, v. Tempelhof a. Dombrowo, Lewy a. Leipzig, Opiz und Sohn a. Döwencin, Leszynski u. Sohn a. Grabow, Königl. Oberförster Hortsfeldt aus Hannover, Expeditur Drachola a. Greiz, Posthalter Pfl a. Siczerno, Direktor Buchwald a. Bunzlau, Fabrikbesitzer Teichel und Familie aus Cassel, die Kaufleute Flatow a. Hamburg, Vogel und Bauer a. Berlin, Goldschmidt a. Frankfurt a. M., Leube a. Mexane, Ranzberg aus Berlin, Senke a. Bunzlau, Koselowky a. Breslau, Fränkel aus Magdeburg, Lehy a. Berlin.

STERN'S HOTEL DE EUROPE Die Kaufleute Salt Seligsohn a. Berlin, B. Heilbronn a. Gnesen, Seligsohn und Frau aus Stettin, Schafe a. Breslau, Rittergutsbesitzer von Babloki a. Polen, Holzhändler Seligsohn a. Berlin, Rechtsanwält Seligsohn a. Berlin, Gutspächter von Bagowski a. Glucynn.

HOTEL DE BERLIN Die Kaufleute Weiß aus Ronin, Seligsohn aus Marienburg, Fernand aus Halle a. S., Weber aus Stargard, Schmidt a. Ballenstädt, Chofinski a. Warschau, Bode a. Burg, Destillateur Lindert a. Sorau, Giese u. Gehrt a. Berlin, Buchhändler Ebede a. Poln. Rissa, Dir. Frau Kefeder u. Kendant Bölling a. Tarnowo, die Bürgermeister Deutsch a. Grätz, u. Karasiewicz a. Neustadt b. Pinne, v. Boicjewski u. Bedienung a. Kurnik.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL Die Kaufleute Scholz a. Fraustadt, Müller u. Colin a. Berlin, Golland a. Pudewitz, Petrich a. Bromberg, Stadtrath Grundmann a. Pissa, Kämmerer Schmidt a. Pissa, Oberamtmann Busse u. Tochter a. Plewisk.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depesche.

Versailles, 1. Juni. [Nationalversammlung.] Wolowski bringt einen Gesetzentwurf ein, welcher darauf abzielt, die neuen Steuern durch anderweitige Finanzmaßregeln unnöthig zu machen. Hierauf folgt die erste Berathung über das Municipalgesetz, dessen zweite Berathung mit 394 gegen 298 Stimmen beschloffen wird.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 1. Juni, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus 100 Liter 100 pCt. pr. Juni 24½, pr. August-September 24½, pr. September-Oktober 22½, Weizen pr. Juni 90, Roggen pr. Juni 63½, pr. Juli-August 60, pr. September-Oktober 57, Rüböl pr. Juni 18½, pr. September-Oktober 19½. - Wetter: Schön.

Bremen, 1. Juni Petroleum ruhig, Standard white loco 11 Mark 50 Pf.

Hamburg, 1. Juni, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen und Roggen loco fest, beide auf Termine ruhig. Weizen 216-pfd. pr. Juni 1000 Kilo netto 257 B., 256 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 255 B., 254 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 254 B., 253 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 249 B., 248 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 243 B., 241 G., Roggen pr. Juni 1000 Kilo netto 183½ B., 182½ G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 178½ B., 177½ G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 174 B., 173 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 172 B., 171 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 171 B., 170 G. Hafer ruhig. Gerste still. Rüböl ruhig, loco 59, pr. Oktober 200 Pfd. 60½. Spiritus still, pr. Juni-Juli 54, pr. Juli-August 56, pr. August-September und pr. September-Oktober pr. 100 Liter 100 pCt. 57. Kaffee fest; Umsatz 4000 Sack. Petroleum matt, Standard white loco 12, 00 B., 11, 50 G., pr. Juni 11, 50 G., pr. August-Dezember 12, 40 G. - Wetter: Heiß.

Böln, 1. Juni, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: Heiß. Weizen niedriger, hiesiger loco 9, 15, fremder 9, 10, pr. Juli 8, 21, pr. November 7, 26. Roggen niedriger, fremder loco 6, 15, pr. Juli 5, 21, pr. November 5, 15. Rüböl höher, loco 10½, pr. Oktober 11½.

London, 1. Juni. (Getreidemarkt) Schlussbericht. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 20,977, Gerste 4263, Hafer 38,871 Dtrrs. Der Markt schloß für sämmtliches Getreide bei schließendem Verkehr ruhig, Hafer fest. Weizen engl. Weizen 62-67, rother 58-63, hiesiges Mehl 45-54 Sch. - Wetter: Bewölkt.

